

Coupon

Bitte senden Sie mir weitere kostenlose Informationen.
Ich interessiere mich für

- das Bundespolitische Kurzprogramm
- das Grundsatzprogramm der **ödp**
- das Thema Familie
- das Thema Mobilfunk
- das Thema Globalisierung
- das Thema Verkehr
- das Thema Bioethik
- das Thema Energie/Atom
- die Mitgliedschaft in der **ödp**
- das **ödp**-Mitgliedermagazin „ÖkologiePolitik“

Vorname, Nachname

Straße, HsNr.

PLZ/Ort

Telefon/Fax

eMail

Coupon bitte ausschneiden und senden an:

Ökologisch-Demokratische Partei

Bundesgeschäftsstelle
Bohnesmühlgasse 5
97070 Würzburg
Fax (09 31) 4 04 86-29
info@oedp.de

Spendenkonto: Konto-Nr. 74 080,
BLZ 790 900 00 bei der VR-Bank Würzburg

ödp.

Mehr Demokratie ist der Schlüssel

Die **ödp** setzt sich für direkte Mitbestimmung in politischen Sachfragen ein. Demokratie ist eine ständige Entwicklung zu der man mehr beitragen soll als ab und zu seine Stimme abzugeben und dann zu verstummen. Ideenreichtum, lebendige Demokratie und Gemeinsinn entstehen, wenn Volksvertreter in ständigem Dialog stehen müssen, und Bürgerinnen und Bürger jederzeit in Entscheidungen eingreifen können. Damit können wir Erstarungen aufbrechen und das Notwendige durchsetzen. Lassen Sie Ihr Vertrauen nicht länger von unglaublichen Politikern missbrauchen! Unterstützen Sie glaubwürdige

Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich erkennbar für Ihre demokratischen Rechte einsetzen! Tragen Sie dazu bei, dass wir alle der Staat sind! Nur eine Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger die Zügel in der Hand halten, garantiert soziale und ökologische Marktwirtschaft. Demokratie ist als bestmögliche Gerechtigkeit der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Nachbarländer wie die Schweiz, Dänemark oder Österreich zeigen: Demokratie ermöglicht geringere Arbeitslosenquoten, hohe Volkseinkommen und vorbildlichen Umweltschutz.



Die **ödp** fordert Volksentscheide für alle wichtigen Sachfragen.
Setzen Sie sich mit uns für mehr direkte Demokratie ein!

Zeichen setzen –
Mitglied* werden!
Tel. (09 31) 4 04 86-0

www.oedp.de

* Mitgliedsbeitrag: 6,- mtl.,
Familienbeitrag 6,50,
ermäßigter Beitrag 1,-.
Fordern Sie bitte ein
Beitragsformular für
aktive oder fördernde
Mitgliedschaft an.



Politik, die aufgeht. **ödp.**



Demokratie

statt käufliche Politik

**Herrschaft des Volkes
statt**

- Parteienklüngel
- schmutzige
Geschäfte und
- Bürgerfrust



Politik, die aufgeht. **ödp.**

Herrschaft des Volkes?

Die Mehrheit der Bürger lehnt Atomenergie ab – doch die Regierenden stützen sie auch weiterhin mit Milliardenbeiträgen. Tabakkonsum bringt ungezählte Menschen um, kostet uns jährlich Milliarden Euro – und der Tabakanbau wird finanziell gefördert. Das Eisenbahnnetz schrumpft wegen des Defizits der DB – doch neue Straßen, Kanäle, Flughäfen entstehen trotz vielfach höherer Verluste. Müssen wir wirklich solchen Widersinn hinnehmen?

Sollte der im Grundgesetz garantierte Schutz des Eigentums nicht auch für öffentliches Eigentum gelten? Seit langem sprechen seriöse Stimmen von Parteien, die sich den Staat zur Beute machen, vom Kartell verbeamteter Politiker und politisierter Beamter, von der „gekauften Republik“, von „Selbstbedienung“ und vom „Schimpfwort Politiker“. Ist „unsere Demokratie in der Krise, weil sie in Wahrheit keine Demokratie ist“ (Prof. Hans Herbert von Arnim)?

Die ödp fordert ein Verbot von Firmenspenden an Parteien. Der Spender erwartet von den Politikern Gegenleistungen, oft gegen die Interessen des Gemeinwohls. Die ödp hat sich als einzige Partei verpflichtet, keine Firmenspenden anzunehmen.

Der Hintergrund

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Gewählte Politiker vertreten nicht nur das Volk. Ämterhaltung und personelle Verfilzung zwischen Politik und Wirtschaft gelten als normal. Parteien kassieren Millionen Spenden – wofür?

Verfassungsgrundsätze wie Gewaltenteilung und Dezentralität stehen nur auf dem Papier. Ein Finanz- und Organisationschaos, das jedes Unternehmen ruinieren würde, führt zu immer neuen unsinnigen Entscheidungen gegen das Gemeinwohl.

Das ödp-Konzept für saubere Demokratie

Nebentätigkeiten unterbinden

Berufspolitiker werden vom Volk bezahlt und haben sich ganz ihrem Amt zu widmen. Das schließt bezahlte Aufsichtsratsposten, Beraterverträge und Funktionen in Verbänden aus. Politiker dürfen keine Lobbyisten werden oder in Interessenkonflikte geraten.

Abgeordnetenbestechung bestrafen

Beamte, die sich bestechen lassen, werden bestraft. Das muss auch für Abgeordnete gelten, die über öffentliche Mittel entscheiden. Für Spenden erwartet der Spender vom Politiker Gegenleistungen, oft gegen die Interessen des Gemeinwohls.

Firmenspenden an Parteien verbieten

Firmen haben kein Wahlrecht. Über Zuwendungen beeinflussen sie aber Parteien und Politiker und hebeln die Demokratie aus. So wird die Volksherrschaft zu einer Firmenherrschaft. Die ödp nimmt seit Gründung keine Spenden von Unternehmen und Verbänden.

Gewalten wirklich teilen

Gerichte, die das Parlament einsetzt, sind von diesem auch abhängig. Exekutive und Judikative sollten unabhängig von der Legislative organisiert sein.

Transparente Verwaltung

Klare Organisations- und Bilanzstrukturen sollten auch die Bürger – wie Unternehmenseigentümer – vor Misswirtschaft schützen.

Niemand schenkt uns Demokratie – auch gewählte Volksvertreter nicht. Sie haben starke eigene Interessen, und die Versuchungen der Macht sind groß. Als Urheber und Nutznießer der bestehenden Verhältnisse werden sie diese erhalten, so lange sie können. Bürgerinnen und Bürger müssen daher auf allen staatlichen Ebenen Gelegenheit erhalten, nötigenfalls selbst zu entscheiden. Unser Grundge-

setz sieht dies auch vor: Die Staatsgewalt „wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt“ (Art. 20). Sind Parteien, die Abstimmungen verhindern, nicht eine Verschwörung gegen das Volk?

Fast alle Völker Europas entscheiden wichtige Sachfragen selbst. Das macht ihre Staaten reformfähig und stabil. Denn die Bürger identifizieren sich mit „ihrem“ Staat.

Die ödp fordert klare Organisationsstrukturen statt Finanz- und Organisationschaos!



Die ödp fordert für alle Bürger Einsicht in öffentliche Akten und frühzeitige Beteiligung an Planungen.

Aufgaben- und Steuerhoheit in Einklang bringen

Gemeinden, Länder und Bund sollten jeweils die Steuern erheben, die sie für ihre Aufgaben brauchen. Das bewirkt z. B. in der Schweiz, dass die öffentlichen Aufgaben besser und mit weniger Steuergeldern erledigt werden.

Informations- und Beteiligungsrechte für alle

Alle Bürger müssen grundsätzlich in öffentliche Akten Einsicht nehmen können (wie z. B. in den USA oder in skandinavischen Staaten) und frühzeitig an Planungen beteiligt werden.

Volksentscheide sind in allen Bundesländern vorgesehen. Sie haben direktdemokratische Rechte geschaffen und erweitert. Inzwischen wehren sich unsere „demokratischen“ Fürsten: Sie beschneiden vom Volk beschlossene Rechte. Sie verbieten Volksentscheide, die Volksrechte regeln sollen – mit dem ungeheuerlichen

Anspruch, sie seien „vom Volk zur Herrschaft legitimiert“. Doch immer mehr Bürgerinnen und Bürger arbeiten für mehr – vor allem direkte – Demokratie. „In der aktiven Mitbestimmungsdemokratie wird das Leben interessant und anregend“, sagt der Psychologe Erich Fromm.

